

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M. für aufwärts 0,40 R.-M. Die Halbspaltzeile im Verhältnis an reaktionellen Texten 70 mm breit kostet 2 R.-M. für aufwärts 2,50 R.-M. — Die Preisgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewehr nicht übernommen werden.

**Unabhängige Tageszeitung  
mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung durch Post 2,25 R.-M. in der Tschechoslowakei monatlich 1 R. 15. Postgebühr für Monat 2,25 R.-M. einschließlich 0,72 R.-M. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Kreisabonnenten: Inland wöchentlich 1,50 R.-M. Ausland 2,25 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf. außerhalb Dresdens 15 R.-Pf.

**Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle:** Dresden-N., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20021, 27951 — 27953 • Telegr.: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060  
Nachbestellungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Anzeigens

Nr. 160

Freitag, 12. Juli 1929

XXXVII. Jahrg.

## Beginn der französischen Kammerdebatte

**Noch immer Streit um den Konferenzort — Aufsehenerregende Verhaftungen Deutscher in Polen — Schwierigkeiten für den sächsischen Etat**

### Eine Mehrheit für Poincaré?

Telegramm unfres Korrespondenten  
ch. Paris, 11. Juli. Die heute beginnende Kammerdebatte über die Ratifizierung der Schuldenabkommen Frankreichs mit den Vereinigten Staaten und mit England wird sehr bis sieben Sitzungen beanspruchten. Dreißig Interpellationen sind zu erwarten. Die Nationalisten unter der Führung Mariné haben den Beschluß gefaßt, von einer Parteifundgebung gegen die Ratifizierung abzusagen und ihre Stimmkraft auf eigene Rechnung auszuüben. Die Rechte bereitet also ihre Stimmhaltung vor. Der eigentliche Kampf wird sich um die Frage entzünden, wie man die Schulden in den Ratifizierungsakt einfügen könnte. Wird aber die Ratifizierung in das Gesetz selbst aufgenommen, so bedeutet das die Ablehnung der Schuldenabkommen. Dennoch bleibt nicht anders übrig, als eine parlamentarische Klärung im Sinne der Annahme einer Schuldenabgabe zu veranlassen. Die Regierung würde sich damit ohne weiteres einverstanden erklären. Eine Mehrheit ist ihr, wie die heutige Morgenpresse fast übereinstimmend erklärt, so gut wie sicher.

### Eine Erklärung v. Hoefsch

WTB. Paris, 11. Juli. Votführer v. Hoefsch hat an die deutschen Pressevertreter folgendes Communiqué abgegeben: „Hochachtung v. Hoefsch hat gestern abend und heute morgen weitere Unterredungen mit dem Generaldirektor des französischen Außenministeriums, Philippe Berthelot, bzw. mit dem Außenminister Briand. Die Unterredung diente der Fortführung der Aussprache über die mit der organisatorischen Vorbereitung der Regierungskonferenz zusammenhängenden Fragen.“

### Die Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris

Telegramm unfres Korrespondenten  
RF. London, 11. Juli  
Das Kabinett beschloß gestern in einer längeren Beratung mit der letzten französischen Note über die bevorstehende Reparationskonferenz. Man erachtet, daß die englischen Minister zwar nach wie vor der Meinung sind, daß die Konferenz in London stattfinden müßte, schon weil es unfair sei, die Minister, die erst seit wenigen Wochen im Amt sind, von ihren Vorgängern abzuweichen und einen Ort zu entscheiden. Es ist jedoch bisher unmöglich gewesen, eine Einigung mit Frankreich über diesen Punkt herbeizuführen. Infolgedessen machen sich hier starke Zweifel bemerkbar, ob es möglich sein wird, den englischen Standpunkt durchzusetzen. Die französische Regierung ist offenbar noch fester als die englische entschlossen, ihren eigenen Plänen Geltung zu verschaffen.  
Auch in anderen Fragen besteht offenbar noch keineswegs die Einigkeit, die in gewissen offiziellen Verlautbarungen betont worden war. Zum Beispiel haben die Franzosen jetzt vorgeschlagen, die Vertreter der kleineren alliierten Mächte, deren Teilnahme sie selbst erst angeregt haben, nur den Verhandlungen über die eigentliche Reparationsfrage beizumischen zu lassen, während sie von den Beratungen über das Rheinland und die anderen politischen Probleme ausgeschlossen sein sollten. Von englischer Seite wird dazu geltend gemacht, daß die Teilnahme dieser Mächte überhaupt nicht unbedingt nötig sei, da sie die Vertragsverhältnisse nur verwirren würden. Wenn aber dem französischen Wunsch nach Anziehung dieser kleineren Mächte Rechnung getragen werde, so müßten diese auch während der ganzen Konferenz zugegen sein. Uebrigens ist der Entschluß der englischen Regierung, die Dominions an eigener Vertretung auf der Konferenz aufzufordern, als ein Gegenzug gegen diesen französischen Vorstoß zu betrachten.  
Ein weiterer Punkt, über den Meinungsverschiedenheiten herrschen, wird von dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ erwähnt. Die französische Note betone die schon in der Pariser Presse aufgetauchte Tendenz, die Genfer Resolutionen vom vorigen September als definitiven Vertrag zu behandeln, der die unterzeichnenden Regierungen in ihrer Politik leiten sollte. Dies sei jedoch vollkommen unrichtig, bemerkt der „Daily Telegraph“, denn die Resolutionen von Genf seien in Wirklichkeit nur ein vorläufiger Übereinkommen über die Art, in der die

### Die Vereinigten Staaten von Europa

**Briand kündigt einen Plan zu ihrer Errichtung an**  
Telegramm unfres Korrespondenten

ch. Paris, 11. Juli  
Der französische Außenminister Briand machte gestern vor Pressevertretern die Mitteilung, daß er eine hinreichende Zahl günstiger Erklärungen von Mitgliedstaaten des Völkerbundes erhalten habe, um auf einer Ende des Jahres einzuberufenden Konferenz die Grundpfeiler für den Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa errichten zu können. Am dem Tag, als Briand der deutsch-österreichischen Regierung den Vorschlag gab, nicht in Deutschland aufzugehen, sondern in Europa, kam sein Vorschlag, die Vereinigten Staaten von Europa, zum Ausdruck. In seinen geistigen Mitteilungen an die Pressevertreter wies Briand nicht allein auf Locarno, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, den Kellogg-Pakt, die Genfer Beschlüsse und die künftige Ausgestaltung des Schiedsgerichts hin, sondern er erwähnte auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas und sprach von dem Postulat einer geschlossenen europäischen Wirtschaft und von dem Beispiel, das die Vereinigten Staaten von Nordamerika in dieser Hinsicht dem Kontinent liefern. Die Wirtschaft des Völkerbundes auf wirtschaftlichem Gebiet und Dr. Stresemanns persönliche Bekämpfung als Vorkämpfer über die Genfer Weltwirtschaftskonferenz wurde von Briand hervorgehoben, um darzutun, daß der Gedanke eines europäischen Föderalismus bereits feste und tiefe Wurzeln gefaßt habe. „Der wirtschaftliche Vereinigungsplan Europas in Würde eine politische folgen zu lassen, die sich gegen keinen anderen Staat richten soll, das ist der Plan, dessen Verwirklichung ich verfolge“, waren die Worte des französischen Außenministers.  
Nach Briands Uebersetzung würde sich aus einem europäischen Föderalismus auch die Lösung der Minderheitenfrage und des Ansehensproblems sowie anderer Probleme ergeben. Im September ausführlich

der Genfer Volksversammlung des Völkerbundes wird Briand im Namen Frankreichs einen Entwurf für die „Konstruktion der Vereinigten Staaten von Europa“ zur Kenntnis der Weltöffentlichkeit bringen. Wie man seinen Worten entnehmen konnte, schwebt ihm der Gedanke vor, die Lösung für die Vereinigten Staaten von Europa ähnlich der des Völkerbundes zu gestalten.

Mit Ausnahme des „Echo de Paris“, das über Briand wieder einmal die Schale der Wit und Verleumdung ausgießt, nimmt die Presse das Projekt des Außenministers ruhig entgegen. „Echo de Paris“ betrachtet Briands Vorhaben als den Beweis „für den Zusammenbruch seiner rein französischen Politik“. Es bricht in Klagen über die bedrohte Zukunft Polens und der Nachbarstaaten aus. Die Vorkämpfer sind für den Gedanken Briands längst gewonnen. Vorher schrieb Derriot in einer Wochenchrift einen Aufsatz, der für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa eintritt. Derriot gab jedoch den Ausführungen eine gewisse wirtschaftliche Spitze, die sich gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika richtete.

Diese Ankündigung Briands kommt etwas überraschend. Man kann sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß er damit die Friedensbereitschaft Frankreichs unter Beweis stellen will, von der, soweit die Reparationskonferenz in Betracht kommt, noch wenig zu merken ist. Doch wollen wir keine allzu großen Skeptiker sein. Wenn es so weit ist, wird über diese große Projekt zu reden sein. Vorläufig steht die Liquidation des Krieges auf der Reparationskonferenz näher. Hier kann sich die Neutralität Frankreichs zunächst beweisen und für den umflutenden Plan Briands die notwendige Atmosphäre schaffen.

### Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und Spanien

Telegramm unfres Korrespondenten  
ch. Paris, 11. Juli  
Im Ministerium des Auswärtigen wurde gestern der Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und Spanien von Briand und dem spanischen Vorkämpfer Cuamones de Leon unterzeichnet. Nach einer kurzen Einleitung, in der die überlieferungsmäßigen gütlichen Beziehungen der beiden Länder hervorgehoben werden, bestimmt der Vertrag, daß alle Streitfragen zwischen ihnen, die nicht auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege geregelt werden können, in friedlicher Weise beigelegt werden sollen. In dem Abkommen wird die Annahme eines Schiedsgerichts nach den in Locarno aufgestellten Grundsätzen und den vom Völkerbund empfohlenen Regeln vorgesehen. Im Hinblick darauf wird ein ständiger Verständigungsausschuß gebildet, dem die kritischen Fragen zuerst vorgelegt werden können.

### Frankreichs Wünsche

Telegramm unfres Korrespondenten  
ch. Paris, 11. Juli  
Nach Unterzeichnung des französisch-spanischen Freundschafts- und Schiedsvertrages, dessen Abschluß während der Madrider Ratifizierung gesichert wurde, empfing der französische Außenminister Aristide Briand einige Mitglieber der Pariser Presse. „Ich bin aufrichtiglich gefreut und stolz über die in der Presse circulierenden Berichte über die Schwierigkeiten der bevorstehenden Konferenz davon überzeugt, daß wir die Genfer Beschlüsse in die Praxis umsetzen werden“, sagte Briand. „Es müßten aber kritische Grundlinien für das Arbeitsprogramm dieser Konferenz gezogen werden. Auf deutscher Seite soll nicht der Versuch gemacht werden, die Saartfrage den vielen anderen zu erörternden Problemen hinzuzufügen. Auf englischer Seite sollte man vermeiden, das Bestellungsamt für das germanische Rheinland als Nebenbedingung zu behandeln oder gar auszusprechen“, betonte Briand.

betreffenden Probleme diskutiert werden sollten. So wohl die deutsche wie die französische Regierung hätten damals ihren entgegengesetzten Standpunkt völlig klar gemacht und es sei unrichtig, wenn jetzt von Paris aus der französische Standpunkt als allein maßgebend den Genfer Beschlüssen untergeordnet werde.

### England hat freie Hand

London, 11. Juli. Im Unterhaus stellte der Abgeordnete Wood die Anfrage, ob die Regierung der französischen Regierung gegenüber irgendwelche Gebundenheiten oder Verpflichtungen eingegangen sei, ohne Einwilligung Frankreichs oder ohne die gleichzeitige Zustimmung seitens der französischen Truppen das Rheinland nicht zu räumen. Der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Henderson, beantwortete die Frage mit Nein und führte dazu aus: Die britische Regierung hat völlig freie Hand, die englischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuführen, wenn und zu welcher Zeit es ihr richtig erscheint.  
In diesem Zusammenhang verdient eine Meldung der „D. A. S.“ Interesse, in der es heißt: Wie von zuverlässiger Seite verlautet, ist einer Anzahl bei der englischen Besatzung beschäftigter Angestellter zum 1. September gekündigt worden.

### Der Reichsfangler fährt doch die deutsche Delegation?

B. Berlin, 11. Juli. (Sig. Droßberichter)  
Verschiedentlich ist berichtet worden, der Reichsfangler Müller-Franken würde nun doch die Führung der deutschen Delegation auf der großen politischen Konferenz übernehmen. Wie wir dazu hören, ist das noch nicht sicher, aber es ist immerhin möglich. Vor seiner Abreise nach Wergentheim befand sich der Fangler sehr schlecht. Inzwischen aber hat in Wergentheim sein Zustand sich zusehends und dauernd gebessert. Galt diese Besserung an, so wird also auch der deutsche Fangler, wie die Kabinetschefs aller anderen Länder, an dieser Konferenz, über deren Ort noch immer zwischen den Herren Poincaré und Macdonald gerungen wird, teilnehmen.

### Minister ohne Pension

Das Reichskabinett hat gestern einem Gesetz entworfen, der die Ministerpensionen grundsätzlich abschaffen soll, genehmigt. Das macht zunächst einmal einen außerordentlichen Eindruck. Man hat es selten, daß Männer in eigener Sache prozedieren, einen Widerspruch, der ihnen ausnahmsweise zuzumachen könnte, ablehnen. Dem Reichstag ist in solcher Artismus nicht nachzugeben. Der Vorschlag befand sich von Rot und Feuerung bedrückt, von Zeit zu Zeit sich Vorkühnungen zu bewilligen und nie sieht man das hohe Haus so einig, als wenn es die Tagesgelder zu heigern gilt. Nur die Tamen (man muß schon einmal auch von ihnen etwas Gutes vermeiden) empfinden dann anweisen noch ein leises Gefühl der Scham. Aber in der Regel bleibt es doch so: wer das Kreuz hat, segnet zuweilen sich selber. Er überlebt in die nächste Woche. Auch die habituelle Abneigung des Reichstages gegen eine Reform ist unter das gleiche Maßstab. Man ist durchaus heulig possidens und wünscht als solcher keinen Wandel, der einem das Mandat kosten könnte.

Der Vorschlag des Reichskabinetts ist indes nicht nur eine schöne Geste, er hat auch sonst mancherlei Wert. Die Minister sind seit dem Umsturz und Uebergang zum parlamentarischen System zwar feingebauter, aber sie wurden bislang immer noch nach dem alten wenig modifizierten Reichsbeamtengehalt behandelt. Der zwei Jahre Reichsminister war, hatte sich ein Ruhegehalt erworben. Wer aber vorher in irgendeinem Beamtenverhältnis gestanden hatte, dem ward eine Ministerpension zugesprochen, auch wenn die ganze Herrlichkeit nur Stunden und Tage gedauert hatte. Immerhin waren das nicht die eigentlich gravierenden Fälle. Das waren vielmehr die, wo frühere privatrechtliche oder irgendwelche Angelegenheitsverhältnisse durch weidertägige Interpretation und allerlei Fittis und Schliche in öffentlich-rechtliche umgewandelt wurden. Der finanzielle Effekt war bei alledem nicht so groß; die Mehrzahl der ministeriellen Pensionsempfänger kommt, wie aus der feinerzeit auf dem internationalen Bank von der Reichsregierung vorgelegten Denkschrift zu ersehen ist, immer noch aus dem ancien régime. Allein die Methode veränderte, wie hier — man findet schon keinen anderen Ausdruck — Ruhegehälter erlitten wurden. Es war ein Verstoß gegen das öffentliche Recht, das bisweilen, nicht allzu viel mehr, doch auch heute noch existiert. Und es war daneben auch ein dauernder Verstoß gegen den Sinn des parlamentarischen Systems. Der parlamentarische Minister steht an der Spitze der Verwaltung, aber er ist selber kein Beamter. Wird er gekürzt, so hat er von Reichs wegen dahin zurückzukehren, woher er kam. In Braunschweig hat ein solcher Minister wieder vor seiner Schlichterfrage und hämmert schiefstretende Klänge in gerade. Das ist durchaus logisch und in der Ordnung. Genies wie es vom Standpunkt der Theorie solgerichtig ist, wenn in dem neuen Gesetzentwurf den abgedankten Ministern statt des Ruhegehalts lediglich ein Uebergangsgeld auf vier bis fünfzehn Monate zugestimmt wird, das nur in besonders gelagerten Fällen eine Art Härteparagrafen in eine dauernde Unabpendung umzuwandeln vermag.

Indes, was theoretisch richtig ist, braucht es nicht immer auch in der Welt der Tatsachen zu sein. Auch diese Maßnahme hat ihre Schwächen. Man kann sagen: der Kreis der Betroffenen, der Leute, die durch den Verlust des Ministerpostens unter Umständen in wirkliche Bedrängnis geraten könnten, ist klein. Die „Ministranten“, aus allen Parteien, lassen sich von drei Männern an ihren Händen abzählen. Es sind im Grunde immer dieselben, die im Wechsel der Kabinette und der Koalitionen aus Andern kommen. In der Zwischenzeit sind sie, als Parlamentarier, durch ihre Tagesgelder vor der gemeinen Not geschützt. Und schließlich braucht sich niemand der Politik zu ergeben, der nicht die Möglichkeit dazu hat. Wobei die paar Männer, die wirklich das Charisma mitbringen, eine Kategorie für sich bilden; für die wird allemal der Tisch irgendwie gedeckt sein. Weniger gut als andre können unter Umständen die früheren Minister bürgerlicher Zuchtung fahren. Vor allem dann, wenn sie keiner Partei angehören oder, was doch auch vorkommen ist, und immer wieder sich ereignet mag, last unter den Eindrücken und Erfahrungen ihrer Ministerzeit Tätigkeit besitzende Hände geriffen. Nicht immer, selbst beim besten Willen, ist es möglich, ihnen die Plätze offen zu halten, aus denen man sie in die sella curulis holte. In den freien Berufen, wie bei der Anwaltschaft, tritt überdies eine Entfremdung ein. Nicht so von den Geschäften als von der Klientel. Seine Aufschreibestellen hat man scheinbar aufgeben müssen. Für den zum Reichsminister erhobenen Vorkämpfer vollends ist eine Rückkehr so gut wie ausgeschlossen. Er gilt der Heimat als verberlinert oder verpreußt,